

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Mittwoch, 20. Oktober 2010 12:54
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor allem im Elementarbildungswesen. Wie im gesamten Bildungsbereich auch. Bildungspolitischen Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs beenden!

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

PRESSEAUSSENDUNG

Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor allem im Elementarbildungswesen. Wie im gesamten Bildungsbereich auch.

Bildungspolitischen Wahnsinn und Verrat an der Zukunft Österreichs beenden!

Schluss mit dem Kompetenz-Dschungel - Wir brauchen eine bundesweite Infrastruktur

Die inhaltlichen und finanziellen Forderungen zur Qualitätsanhebung in den Elementareinrichtungen liegen längst - untermauert von vielen Studien - auf den Tischen der politisch Verantwortlichen (in 4 Ministerien, bei 9 Ländern und in 2.357 Gemeinden).

Die derzeitige Aufsplitterung in Länder- und Gemeindekompetenzen (und die damit einhergehenden verschiedenartigen Gesetze und Verordnungen) widerspricht allen Forderungen nach Kostentransparenz, ist für die Berufsgruppe, die Trägerorganisationen und insbesondere für Kinder und Eltern/Mütter/Väter immens nachteilig: sie verhindert vor allem optimale Arbeit für die anvertrauten Kinder.

Die Verantwortung des **Bundes** für die gleichwertige Anerkennung aller pädagogischen Berufe - somit auch für die Elementarpädagogen/innen - ist eine dringende Notwendigkeit.

Das derzeit aus dieser Aufsplitterung hervorgehende sehr unterschiedliche Dienst- und Besoldungsrecht macht den Beruf der ElementarpädagogInnen - auch für tertiär ausgebildete PädagogInnen - unattraktiv.

Ebenso dringend geboten halten wir ein bundesweit **gültiges (Rahmen-) Gesetz für die Qualitätssicherung** der elementaren Bildungseinrichtungen. Die Plattform EduCare hat bereits vor Jahren einen [Entwurf für ein solches Gesetz](#) vorgelegt.

Wir fordern daher, dass für alle Bildungseinrichtungen - also auch die elementarpädagogischen Einrichtungen -

- ein bundesweit **einheitliches Dienst- und Besoldungsrecht** geschaffen wird
- sowie die **Grundsatz- und Ausführungsgesetzgebung ausschließlich beim Bund**

liegt.

Der Elementarbereich ist drastisch unterfinanziert

Der Elementarbereich ist drastisch unterfinanziert und schreibt somit die Chancengerechtigkeit weiter fort.

Die Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertige Bildung kostet Geld: ziemlich genau doppelt so viel, wie Österreich bisher für den Elementarbereich zur Verfügung stellt (0,54% von 6 % BIP, das sind rund 1,5 Mrd. €). Damit wären wir im EU-Vergleich noch immer weit hinter jenen Ländern, die der elementaren Bildung jenen Stellenwert einräumen, der den wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen entspricht (Schweden knapp 2% von 7,5 % aus). Zudem zeigt die Verteilung der öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung auf die verschiedenen Bereiche des Bildungswesens den geringen Stellenwert der Elementarbildung in Österreich auf (Quelle: Nationaler Bildungsbericht 2009):

27%	Tertiärbereich
24%	Sekundarstufe 1
22%	Sekundarstufe 2
19%	Primarbereich
7%	Elementarbereich

Diese Relationen sind bildungspolitisch nicht vertretbar!

*Alle österreichischen Kinder sind von der Unterfinanzierung betroffen. Für Kinder aus benachteiligten Familien ist diese aber **besonderes gravierend**.* In einem ausreichend dotierten Elementarbereich könnten die PädagogInnen den Rahmen-Bildungsplan umsetzen und damit präventiv und ausgleichend wirken.

BildungsRahmenPlan schwer umsetzbar

Der höchst begrüßenswerte BildungsRahmenPlan ist für alle Kinder in elementaren

Bildungs- und -betreuungseinrichtungen im Alter von 0 - 6 Jahren gültig und sollte ab sofort umgesetzt werden.

Die bloße Existenz eines BildungsRahmenplanes verändert die Realität in den Kindergärten aber nicht. Er muss auch umgesetzt werden.

Und das ist unter den derzeit herrschenden Bedingungen nur sehr eingeschränkt möglich:

- oft 25 Kinder in der Gruppe
- viel zu wenig Zeit für alle Arbeiten, die außerhalb der unmittelbaren Arbeit mit den Kindern geleistet werden muss (Vor- und Nachbereitungszeit)
- schlechter Verdienst der PädagogInnen
- niedriges Ausbildungsniveau im Vergleich der EU
- unzureichende Weiterbildungsmöglichkeiten

Gemeinsame Ausbildung aller Pädagogen/innen unabdingbar

Traditionell ist die Ausbildung von Kindergarten- und HortpädagogInnen in Österreich an die LehrerInnenausbildung gekoppelt. Die gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen ist auch in Österreich eine der wichtigsten Forderungen. **Wir betrachten es als besonders geglückt, dass sich die Ministerinnen Schmied/SPÖ und Karl/ÖVP (bzw. davor Minister Hahn) unabhängig von ihrer jeweiligen Partei zu einem diesbezüglichen Jahrhundertprojekt einigen konnten, in das wir große Hoffnung setzen: die von den Ministerinnen gemeinsam eingesetzte ExpertInnengruppe unter der Leitung von Peter Härtel hat ihren detaillierten Endbericht zu den im Dezember 2009 präsentierten Empfehlungen über Vorschläge für eine Neugestaltung der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Berufe vorgeleg⁽¹⁾:**
http://www.bmukk.gv.at/medienpool/19218/labneu_endbericht.pdf.

Die Bedingungen der pädagogischen Arbeit mit Kindern haben sich in den letzten Jahrzehnten radikal geändert, sodass die bisherigen Ausbildungsstrategien auch angesichts der vielfältigen Bemühungen der einzelnen Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik **nicht** mehr als ausreichend angesehen werden müssen.

Es ist nicht einzusehen, warum das Berufsfeld der ElementarpädagogInnen mit dem bildungshierarchisch geringwertigsten Ausbildungssystem bedient werden soll.

Dass die Grundausbildung von ElementarpädagogInnen nach wie vor auf der Sekundarebene - in der BAKIP - erfolgen soll, widerspricht allen internationalen Erfahrungen und ist für die Gleichwertigkeit der zukünftigen PädagogInnen **diskriminierend**. Sie ist daher, auch aus Gründen der Durchlässigkeit für den weiteren Studienverlauf - ausgenommen für eine Übergangszeit - aus unserer Sicht strikt abzulehnen!

Wir meinen, dass die BAKIP in ein Oberstufenrealgymnasium (ORG) mit sozialpädagogischem und musisch-kreativem Schwerpunkt umgewandelt

werden soll. Damit würde sie zu einer vorbereitenden Schule für alle pädagogischen Berufe so wie etwa auch kaufmännische oder technische BHS nicht als Grundausbildung für ein WU/TU-Studium angesehen werden, sondern allenfalls einen leichteren/besseren Zugang zu diesen Studien bieten.

Unser Anliegen ist eine an europäischen Richtlinien ausgelegte Neu-, bzw. Umstrukturierung der Aus- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen in elementaren Bildungseinrichtungen für Kinder von 0-6 Jahren in Österreich.

Anzustreben ist eine Ausbildung für alle PädagogInnen auf gleichwertigem Masterniveau.

Da das elementare Bildungswesen Ländersache ist, bestehen in den Bundesländern sehr unterschiedliche Berufsprofile in den elementaren Bildungseinrichtungen. Um ein national einheitliches Bild von allen im elementaren Bildungsbereich tätigen Professionen zu erlangen, bedarf es unbedingt klar definierter **bundesweit gültiger Berufsprofile**, die in breit gefächerten Arbeitsgremien unter Einbeziehung der Betroffenen erarbeitet werden müssen.

Übergangsregelungen

Zur Aufrechterhaltung der Bildung und Betreuung in den elementaren Bildungseinrichtungen sind entsprechende Übergangsregelungen für die Übernahme der bislang tätigen Personen mit den unterschiedlichen Ausbildungsabschlüssen auszuarbeiten:

- BAKIP 5jährig und Kolleg.
- 3 jährige BAKIP-Schulversuche, die ab Herbst 2010 starten.
- andere Ausbildungseinrichtungen, die HelferInnen/AssistentInnen, KindergruppenbetreuerInnen usw. ausbilden
- bestehende tertiäre Ausbildung (3 Hochschullehrgänge)

Positiv sehen wir, dass die Möglichkeit des **Quereinstiegs** aus anderen Berufen und das Professionalisierungskontinuum als Basis für lebensbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen empfohlen wird.

Sofortmaßnahmen dringend erforderlich

Wir fordern alle VerantwortungsträgerInnen in Bund, Ländern und Gemeinden folgende organisatorische Veränderungen in einem **ersten Schritt** dringend in Angriff zu nehmen:

- Reduzierung der Gruppengröße (je nach Alter der Kinder von 14 - 20 Kinder)
- mindestens 2 Fachkräften pro Gruppe und
- mehr Vorbereitungsstunden.

- Freistellung für kostenlose einschlägige Fort- und Weiterbildung
- für alle neu anstehenden Aufgaben – wie zum Beispiel Sprachförderung, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr - braucht es vermehrt Weiterbildungsangebote und die stärkere Einbindung von Personen mit anderer Muttersprache.

Jetzt wäre Zeit, Österreich zu ändern

Der offensichtliche Mangel an Umsetzungswillen zwischen den Betroffenen – vier Ministerien, neun Länder, 2.357 Gemeinden, unterschiedlichste TrägerInnen-Einrichtungen und Interessensvertretungen – lässt begrüßenswerte Ansätze an verschiedenen „Fronten“ scheitern.

Die Spitzen der Regierung scheinen rat- oder mutlos zu sein, statt sich *gemeinsam* bereit zu erklären, ohne Scheuklappen und vorgeblich ideologischen Barrieren eine Reform einzuläuten, die von der Elementarpädagogik bis zur Universität die Bildung auf komplett neue, tragfähige Säulen stellt.

Eine „Verlängerung“ der Bildung, wie sie derzeit propagiert wird, kann in ihrer Konsequenz im Elementarbildungswesen nur als abschreckendes Beispiel gesehen werden, die Regelungen in manchen Bundesländern können aber durchaus Vorbild und Grundlage für die Erarbeitung gemeinsamer Standards „nach oben“ gesehen werden.

Die zuständigen Ministerinnen sind offensichtlich gewillt, hier entsprechende Schritte zu setzen: sie müssen ihre Arbeit aber auch von der gesamten Regierung gewollt und unterstützt wissen.

Wir müssen alle am gleichen Strang ziehen: wir brauchen inhaltliche und legislative Änderungen, wir brauchen mehr Geld – was derzeit aus der Politik kolportiert wird, ist „bildungspolitisch verrückt und ein Verrat an der jungen Generation“ (Christoph Badelt, Rektor WU Wien).

Die Plattform EduCare ist gerne bereit - soweit dies in ihrem Einflussbereich liegt -, Entscheidungsträger/innen Fortbildungsreferenten/innen und Experten/innen, zu vernetzen und somit die partnerschaftliche Behandlung von Fragestellungen zu ermöglichen bzw. zur Entwicklung von Umsetzungsstrategien, die allen Beteiligten gerecht werden, beizutragen!

(1) Zum Endbericht der ExpertInnengruppe "Lehrer/innenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe" sind mehrere Stellungnahmen seitens der Plattform EduCare und ihr nahestehenden Gruppierungen und Personen den zuständigen Ministerien vorgelegt worden:

- [Statement der Arbeitsgruppe Elementar- und Primarpädagogik in der Steiermark](#)
- [Stellungnahme Univ. Innsbruck, Dr. Josef Christian Aigner](#)

- [Stellungnahme der Initiative Kindergartenpädagogik NEU](#)
- [Stellungnahme der Plattform EduCare](#)
- [Stellungnahme des Österreichischen Dachverbandes der Berufsgruppen von Kindergarten- und HortpädagogInnen](#)

Siehe auch: [Schreiben des Steuerteams der Plattform EduCare an die Mitglieder des Parlamentarischen Unterrichts- und Wissenschaftsausschusses zur Zukunft der Elementarpädagogik in Österreich](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.